



elly – Beratungsstelle für Betroffene von
Hatespeech in Thüringen

Clara-Zetkin-Straße 40
99099 Erfurt

Tel: 0361 / 66 33 62 60
E-Mail: info@elly-beratung.de
www.elly-beratung.de

Pressemitteilung

Digitale Gewalt wirkt bis in den Alltag: Thüringer Hatespeech-Beratungsstelle elly fordert besseren Schutz für Betroffene

Erfurt, den 2. Juni 2026

Anlässlich der aktuellen Verbändeanhörung zum Gesetz gegen digitale Gewalt und [der Stellungnahme des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. \(VBRG\)](#) macht die Thüringer Hatespeech-Beratungsstelle elly darauf aufmerksam: **Digitale Gewalt endet nicht am Bildschirm.** Sie reicht in den Alltag, in den öffentlichen Raum, in Arbeits- und Wohnumfelder sowie in politisches und zivilgesellschaftliches Engagement hinein. Im vergangenen Jahr erreichte elly mit Beratung, Fach- und Sensibilisierungsangeboten **mehr als 300 Menschen in Thüringen.**

Die Anfragen an elly kommen aus unterschiedlichen Regionen des Freistaats - aus Städten ebenso wie aus ländlichen Räumen. Gerade in **kleineren Städten und ländlichen Regionen** können digitale Angriffe schnell konkrete Folgen haben: Wenn Namen, Fotos, Arbeitsorte, Wohnorte oder politische Zugehörigkeiten online verbreitet werden, bleibt das nicht abstrakt. Die Angriffe können in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verein, im kommunalpolitischen Engagement oder im öffentlichen Raum spürbar werden.

In der Beratungspraxis zeigt sich außerdem, dass Hatespeech häufig nicht bei einem einzelnen Kommentar endet. Betroffene suchen Unterstützung nach wiederholten und unterschiedlichen Angriffen: Beleidigungen, Bedrohungen, Doxing, der Verbreitung von Fotos oder Videos, Re-Uploads, Falschinformationen oder gezielter Markierung in lokalen digitalen Gruppen. Häufig geht es dabei nicht nur um Löschung, sondern auch um Sicherheit, Beweissicherung, rechtliche Möglichkeiten, Kommunikation mit Plattformen und psychosoziale Entlastung.

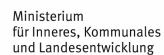
"Hatespeech ist keine abstrakte Online-Erfahrung. Wenn Namen, Fotos, Arbeitsorte oder Adressen verbreitet werden, kann daraus eine reale Bedrohungslage entstehen", sagt Berna Uluçay, Projektleiterin von elly. "Betroffene müssen Inhalte sichern, Plattformen kontaktieren, rechtliche Schritte prüfen und gleichzeitig mit Angst, Verunsicherung oder Erschöpfung umgehen. Deshalb braucht es Beratung, die digitale Angriffe und ihre Folgen im analogen Raum zusammendenkt."

Wie eng **digitale Angriffe und analoge Bedrohung miteinander verbunden** sein können, zeigen auch Fallkonstellationen aus der Beratungspraxis. In einem Fall wurde ein Sozialarbeiter in einem Videostream eines überregional bekannten Rechtsextremen mit rufschädigenden Falschaussagen angegriffen und als politischer Gegner markiert. Das Video verbreitete sich anschließend auf mehreren Plattformen; in den Kommentaren wurden Morddrohungen gegen den Betroffenen geäußert. Der Sozialarbeiter sollte nicht nur um seine berufliche Zukunft, sondern auch um seine

in Trägerschaft von:



gefördert durch:



Sicherheit fürchten. Denn auch gegen sein Arbeitsumfeld richteten sich Drohungen und ein Angriff: Die Radmuttern am Wagen einer Kollegin wurden gelockert, einen Unfall konnte sie jedoch verhindern. In einem anderen Fall aus einer Thüringer Kleinstadt wurden Kinder beim Spielen auf dem Grundstück ihrer Familie gefilmt und das Video in einer rechtsextremen lokalen Facebook-Gruppe veröffentlicht. Es folgten rassistische Kommentare und die Veröffentlichung der Adresse der Familie. Die Familie fühlte sich daraufhin in ihrem Zuhause nicht mehr sicher und erwog, den Wohnort zu wechseln.

Solche Fälle machen deutlich: Digitale Angriffe können **Einschüchterung im sozialen Nahraum** erzeugen. Sie können dazu führen, dass Betroffene ihr Verhalten im öffentlichen Raum, bei der Arbeit oder in ihrem politischen Engagement verändern.

Aus Sicht von elly greift ein **Schutzkonzept zu kurz**, wenn es digitale Angriffe vor allem als Problem einzelner rechtsverletzender Kommentare oder einzelner Accounts behandelt. Politisch motivierte Hatespeech funktioniert häufig wiederholend, öffentlichkeitswirksam und arbeitsteilig: Eine Person filmt oder postet, andere kommentieren, verbreiten weiter, veröffentlichen persönliche Informationen oder greifen die Darstellung in lokalen Gruppen auf. Die Verantwortung verteilt sich auf viele Beteiligte; die Folgen konzentrieren sich jedoch auf die Betroffenen.

elly verweist in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Stellungnahme des VBRG zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt. Der VBRG begrüßt grundsätzlich das Ziel, Betroffene besser zu schützen. Zugleich kritisiert er, dass der Entwurf die Realität netzwerkförmiger, wiederholter und mit analoger Bedrohung verschränkter Angriffe bislang nicht ausreichend berücksichtigt und **die Durchsetzung von Schutzrechten weiterhin stark auf einzelne Betroffene verlagert**.

"Betroffene dürfen nicht immer wieder selbst nach Re-Uploads suchen, Plattformen anschreiben, Inhalte dokumentieren und das Kostenrisiko rechtlicher Schritte tragen müssen", so Uluçay. "Wir brauchen Verfahren, die Betroffene entlasten, Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen und spezialisierte Beratungsstellen dauerhaft absichern."

elly fordert deshalb, Hass und Hetze im Netz als Teil hybrider Gewaltverhältnisse ernst zu nehmen. Dazu gehören **niedrigschwellige und finanzierbare Rechtsdurchsetzung**, wirksame Maßnahmen gegen Doxing und Re-Uploads, **stärkere Verantwortung digitaler Plattformen, diskriminierungssensible Fachkompetenz bei Behörden und Justiz** sowie eine **dauerhafte, sichere Finanzierung spezialisierter Beratungs- und Unterstützungsstrukturen**. Nur so können Sicherheit, Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen gestärkt werden.

Betroffene, Unterstützer*innen und Fachkräfte können sich vertraulich an elly wenden. Die Beratung ist parteilich im Sinne der Betroffenen, kostenlos und auf Wunsch anonym. **elly ist die spezialisierte Beratungsstelle für Betroffene** politisch motivierter Hatespeech in Thüringen. Das Angebot richtet sich an Menschen, die im digitalen Raum aufgrund rechter, rassistischer, antisemitischer, misogyn, queerfeindlicher oder anderer menschenfeindlicher Zuschreibungen angegriffen werden oder wegen ihres politischen, zivilgesellschaftlichen, journalistischen, gewerkschaftlichen oder öffentlichen Engagements Ziel von Hass, Bedrohungen und digitaler Einschüchterung werden. Die Beratungsstelle steht in Trägerschaft des re:solut e.V. und wird durch den Landespräventionsrat des Ministeriums für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung des Freistaats Thüringen gefördert.

Pressekontakt

Berna Uluçay

elly - Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen

Clara-Zetkin-Straße 40, 99099 Erfurt

Telefon: 015560 206694

in Trägerschaft von:



gefördert durch:



Ministerium
für Inneres, Kommunales
und Landesentwicklung